

**Inhaltlicher Antrag der Bunte Linke vom 30.10.2014 zum Tagesordnungspunkt:  
"Unterbringung von Flüchtlingen in Heidelberg im Rahmen der gesetzlichen  
Aufnahmeverpflichtung als untere Aufnahmebehörde"**

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat beauftragt den Oberbürgermeister, dem Gemeinderat bis zur Haushaltsberatung ein differenziertes und ressortübergreifendes Konzept für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerbern vorzulegen. Dieses Konzept soll alle Aspekte der Flüchtlingsproblematik enthalten. Dies erfordert die enge Zusammenarbeit der städtischen Dezernate und Ämter, insbesondere des Sozialamtes, des Liegenschaftsamtes, des Schulamtes, des Bürgeramtes und der Ausländerbehörde, aber selbstverständlich auch eine enge Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt, den Wohlfahrtsverbänden, dem Asylarbeitskreis, der städtischen Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz und der Konversionsgesellschaft.

Hierzu gehören eine Analyse der Probleme und Aufgaben, denen die Stadt gerecht werden muss und eine Funktions- und Strukturbeschreibung der Träger dieser neuen Aufgaben, sowohl in den Ämtern wie bei den freien Trägern, Gesellschaften und Organisationen, die sie übernehmen sollen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Verfahrens- und teilweise auch die Sozialberatung von nichtstaatlichen Stellen geleistet werden soll, da es sonst zu Interessenkonflikten kommen kann (s.a. Flüchtlingsaufnahmegesetz). Die personellen und finanziellen Ressourcen, die für die zusätzlichen Aufgaben nötig sind, werden vor bzw. im Verlauf der Haushaltsberatung dargestellt.

Begründung:

Die Zahl der Flüchtlinge aus Krisen- und Kriegsgebieten hat in den letzten Jahren und vor allem in den letzten Monaten erheblich zugenommen. Dies gilt auch für die in Deutschland aufgenommenen Flüchtlinge und Asylbewerber. Es ist nicht zu erwarten, dass dies sich in naher Zukunft ändert. Die Zahl der in Heidelberg aufgenommenen Flüchtlinge und Asylbewerber hat sich seit 2009 verdreifacht. Damit ergeben sich für die Stadt Aufgaben, die mit den vorhandenen Strukturen und dem vorhandenen Personalbestand nicht bewältigt werden können.

Heidelberg, den 27.10.2014

Arnulf Weiler-Lorentz, Hilde Stolz

Bunte Linke